

Das kann man sich nicht ausdenken

Was die Politik in dieser Woche abgeliefert hat, kann sich niemand ausdenken. Die Realität ist immer besser als die Fantasie. Als „*einzig und allein*“ ihren Fehler hat **Angela Merkel** den Beschluss des Oster-Lockdowns bezeichnet. Sie bedauere es „zutiefst“ und „*bitte alle Bürgerinnen und Bürger um Verzeihung.*“ In der Folge dieser Erklärung, nur einen Tag, nachdem Merkel gemeinsam mit den 16 MPs der Länder, beschlossen hatte, vom 1. bis 5. April das Land in einen Osterschlaf zu versetzen, sprach kaum noch jemand über den Fehler selbst, sondern zollte Merkel höchsten Respekt für das Eingestehen einer nicht durchsetzbaren Maßnahme. Etliche Ministerpräsidenten konnten gar nicht schnell genug das Mea-Culpa-Gewand überstreifen und sich in diesem vor Merkel und der Öffentlichkeit in den Staub werfen.

Warum? Es war Merkels Fehler, an dem ihr Kanzleramtsminister **Helge Braun** nicht ganz unbeteiligt war. Sie trage „*qua Amt*“ für alles die Verantwortung. Auch für das eklatante Versagen von **Jens Spahn**. Natürlich. Das devote Verhalten der MPs verstehe ich überhaupt nicht. Stundenlang waren dem Merkel-Team die Vorschläge aus den Ländern nicht weitreichend genug. Kurz bevor dann den meisten die Augen zufielen, präsentierte Merkel die Super Oster-Idee, der eine Machbarkeitsanalyse fehlte. Und **Armin Laschet** erzählte uns tatsächlich, dass er nicht gewusst habe, dass Babynahrung durch einen zusätzlichen Ruhetag verderben könnte.

Nein, das war keine Satireshow mit echten Darstellern. Es war die deutsche Corona-Wirklichkeit. Man stelle sich vor, die MPs hätten nach Mitternacht zu Merkel gesagt: Kommt nicht in Frage! Die Medienberichterstattung hätte niemand erleben wollen. Was für Merkel spricht, ist, dass sie auf Nummer Sicher gehen will, am liebsten so viel runterfahren wie nur irgend möglich ist, womit sie sich der vollen Unterstützung von Wieler, Lauterbach & Co. sicher sein kann. Vielleicht wäre das die Lösung. Warum dann aber erst Ostern und nicht sofort?

Bei der aktuellen Umfrage der *Forschungsgruppe Wahlen* des ZDF sprechen sich 36% (+18 zum Vormonat) für härtere Maßnahmen aus, 31 Prozent (-24) halten diese für gerade richtig, und nur 26 Prozent (+3) bewerten sie als übertrieben. Das deckt sich aber nicht mit dem, was man draußen beobachten kann. Hauptbahnhof Berlin heute. Zug nach

München. Relativ viele Passagiere. Was ist mit der Ansage, nicht verreisen zu sollen. Und Abstand halten? Im ÖPNV gilt das nicht. Muss die BVG unbedingt vom 14. April bis 20. Juni und 11. August bis 7. Oktober Gleisbauarbeiten auf der U6 zwischen Tempelhof und Alt-Mariendorf durchführen und die Passagiere der stark befahrenen Strecke in Ersatzbusse zwingen? Hätte das nicht bis 2022 warten können?

Ein harter Lockdown, so nötig er sein mag, lässt sich nirgendwo in Deutschland mehr durchsetzen. Das Saarland wird zum Testgebiet. Tübingen und Rostock werden von der Bundeskanzlerin zu Vorbildern erklärt. Ein von der eigenen Partei ungeliebter Grüner Oberbürgermeister und ein Däne, dessen Politikstil in seinem zweiten Vornamen verankert ist, Ruhe.

Nach wie vor sind intelligente Lösungen, die eine größtmögliche Bewegungsfreiheit erlauben, gefragt. Wenn eine Studie belegt, dass die größte Ansteckungsgefahr von Großraumbüros ausgeht, in denen Menschen ohne Masken sitzen, muss genau dort angesetzt werden. Die Forderungen nach noch mehr Home-Office sind berechtigt. Schön wäre es, wenn die Berliner Verwaltung mit gutem Beispiel voran gehen könnte. Das dienstliche Faxgerät lässt sich aber schlecht zu Hause anschließen. Dienstliche E-Mails kann kaum jemand der im öffentlichen Dienst Beschäftigten zu Hause bearbeiten. Unsere Steinzeitverwaltung ist in der Krise nicht besonders hilfreich.

Völlig unverständlich ist aber auch, dass es immer noch Menschen gibt, die nichts davon gehört haben wollen, dass es Impfzentren gibt, fast an jeder Ecke und kostenlos. Versprechungen, dass es bald richtig losgehen würde mit dem Impfen, kann ich nicht mehr hören. Bis zum Herbst ist nicht damit zu rechnen, dass wir alle durchgeimpft sind und bis dahin mutiert das Virus zu immer höheren Gefahrenstufen.

Nach Merkels Entschuldigung für den österlichen Lockdown-Versuch sehen sie 28% als gestärkt an, 27 als geschwächt und für 41% hat das alles keine Auswirkungen. 84 Prozent sagen, sie solle Kanzlerin bleiben, vermutlich aus Mangel an Alternativen. Merkel steht in der Rangliste weiterhin auf Platz Eins, gefolgt von Söder, Scholz, Habeck und Baerbock und Laschet auf Platz Sieben. Auswirkungen hat die Krisenbewältigung jedoch auf die Regierungsparteien: CDU/CSU 28 Prozent (-7), SPD 15 Prozent (-1). Grüne 23 Prozent (+4). Damit hätte sich die so genannte GroKo aus Union und SPD erledigt (43%). Schwarz/Grüne 51%. Die Ampel aus Grünen, SPD und FDP wäre mit 48% derzeit nicht kaum möglich. Bei der Union heißt das Virus nicht mehr Corona, sondern Angst, was bekanntlich ein schlechter Ratgeber ist.

Ed Koch